

## ■ Polens neues Mediengesetz

# Gleichschaltung light

Von Reinhard Lauterbach

Polens Regierungspartei PiS braucht keine Stoßtruppen ihrer Anhänger das Fernsehen besetzen zu lassen. Eine Parlamentsmehrheit reicht. Doch was sie mit dem neuen Mediengesetz anstrebt, ist ein Programm der Gleichschaltung, und es beschränkt sich nicht auf diejenigen Medien, die jetzt durch einen Wandel der Rechtsform rückverstaatlicht worden sind. Die Umdefinition des bisher dem Werbebetriebe nachzujagenden öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders TVP in eine »Kulturinstitution« wird das Programm nicht anspruchsvoller machen. Entscheidend ist, dass künftig die Regierung weisungsberechtigt ist, was die verbreiteten Inhalte angeht, ohne dass jemand auch nur kommerziell motivierte Einwände dagegen geltend machen kann.

Die Machthaber haben große Pläne, welches Programm nun an die Stelle der seichten Sauce der letzten Jahre treten soll: z. B. jährlich eine große Spielfilmproduktion zu ausgewählten Aspekten der polnischen Geschichte. Solchen, die das liebste Selbstbild der Polen, immer nur heldenhafte Opfer böser Nachbarn gewesen zu sein, bestätigen. Künftig wird das staatliche Fernsehen die Aufgabe haben, mit seinen Mitteln jene nationale Gemeinschaft zu stiften, die Staatspräsident Andrzej Duda in seiner Silvesteransprache beschworen hat: vereint durch Sprache, Kultur, Religion und Liebe zur Heimat. Indoktrination und Langeweile.

Parallel zum Handstreich gegen TVP und Polskie Radio will die PiS

auch die bisher einflussreichen Privatmedien unter Kontrolle bringen, die sich ihrem direkten Einfluss entziehen. Ihnen soll durch Anzeigenboykotte öffentlicher Stellen auf der einen und durch eine Umlage zugunsten der Staatssender auf der anderen Seite das Geld entzogen werden, mit dem sie eventuell in der Lage wären, eine nicht einmal Gegen-, sondern einfach eine konkurrierende Öffentlichkeit zu organisieren. Was die Kritik dieser liberalen Medien taugt, ist eine völlig andere Frage. Seit Neujahr und »bis zur Ernennung der neuen Leiter« senden die Journalisten des ersten Programms von *Polskie Radio* als Zeichen des Protests das, was deutsche Nachteulen vom täglichen Programmschluss des *Deutschlandfunks* zu Mitternacht kennen: National- und Europahymne. Wenn ihnen und der polnischen Gesellschaft nicht mehr einfällt, haben Kaczynskis Propagandisten freie Bahn.

Schon werden unter den liberalen PiS-Kritikern Rufe laut, einen Boykott des Staatsfernsehens zu organisieren, wie er in den achtziger Jahren von der Solidarnosc propagiert wurde. Doch was bringt das? Natürlich ist die Abstimmung mit der Fernbedienung jedem unbenommen, und über Satellit kann man einstweilen empfangen, was man will. Aber die Rundfunkgebühren, heute de facto eine freiwillige Abgabe, soll künftig mit der Stromrechnung eingezogen werden. An Geld für die geplanten patriotischen Schmonzetten wird es dem Staatsfernsehen nicht fehlen.

## ■ Vollidiot des Tages:

# Ein unbekannter Diplomat



Schreiben stammt nach Angaben der Agentur AFP vom 31. März 2011 und betrifft einen Kandidaten für das Amt des Staatssekretärs für politische Angelegenheiten im State Department. »Nur um das einmal festzuhalten, wenn sie es nicht schon weiß, XXX ist einer der größten Vollidioten im Auswärtigen Dienst«, warnte Kornblum. Der Name des so Gescholtenen wurde vor der Veröffentlichung geschwärzt.

Wer ist der »größte Vollidiot« im State Department der USA, mal abgesehen vom jeweiligen Außenminister? Diese Frage stellt sich Washington, seit die Regierung zu Silvester Tausende E-Mails veröffentlichte, die von der damaligen Chefdiplomatin Hillary Clinton verfasst wurden. Sie hatte zwischen 2009 und 2013 für ihre dienstliche Korrespondenz keine offizielle, sondern eine private E-Mail-Adresse verwendet. Das hatte zu Aufregung geführt, die durch die Publikation der damaligen Schreiben und Antworten beigelegt werden soll.

In einer der nun veröffentlichten Mails zitiert ihr Berater Sidney Blumenthal den früheren US-Botschafter in Deutschland, John Kornblum. Dieser habe vor einem der »größten Vollidioten« (biggest jerk) im diplomatischen Dienst gewarnt. Das

»Nicht nur, dass er nicht mit den Leuten auskommt oder klar über irgend etwas nachdenken kann, er ist während der Bush-Regierung auch vollständig zur dunklen Seite übergegangen«, wird Kornblum von Blumenthal wiedergegeben. »Einmal hat er mich bei einer Konferenz regelrecht niedergeschrien, weil ich nahegelegt habe, dass die Bush-Regierung den US-Beziehungen zu Europa schadet«, beklagte sich demnach der Diplomat, der von 1997 bis 2001 US-Botschafter in Deutschland war.

Ansonsten zeigen die Mails US-Medienberichten zufolge vor allem, wie die Untergebenen der damaligen Ministerin Honig ums Maul schmieren. So wurde sie detailliert darüber informiert, dass ihr Aussehen auf dem einen oder anderen Foto von ausländischen Medien oder im Internet gelobt worden sei. (scha)

# »Soziale Rechte landen auf der ›Todesliste‹«

Was das Europäische Parlament für wichtig hält, das streicht die EU-Kommission. Gespräch mit Gabi Zimmer

**I**m Mai 2014 Jahren wurde das EU-Parlament gewählt. Welche Tendenzen stellen Sie dort seitdem fest?

Die Rechte ist stärker geworden. Nun gibt es eine Fraktion der Rechten unter Führung von Marine Le Pen. Das hat das Klima im Parlament sehr beeinflusst. Über 70 Jahre Befreiung vom Faschismus wollte man keine öffentliche Debatte führen – aus Angst, Le Pen eine Bühne zu bieten.

Ansonsten stellen wir fest, dass Sozialdemokraten und Konservative, die die Fraktionen mit den meisten Abgeordneten stellen, eine große Koalition bilden. Kleinere Fraktionen werden immer weiter weggedrückt. Da wird angestrebt, allerlei Hürden aufzubauen. Für eine namentliche Abstimmung müssten etwa, so die Überlegung, zehn Prozent oder noch mehr der Abgeordneten votieren.

**Wie steht es denn mit dem parlamentarischen Alltag? Wie lange dauert es zum Beispiel, bis sie auf eine Anfrage eine Antwort von der »Regierung«, der EU-Kommission, bekommen?**

Das ist sehr unterschiedlich. Die Antwort auf eine schriftliche Anfrage kann auch mal elf Monate dauern. Doch das ist nicht der Normalfall. Es gibt aber sehr wenig zwingende Vereinbarungen, die einen Zeitraum für die Beantwortung festlegen. Derzeit soll der Kommission das Recht eingeräumt werden zu entscheiden, ob sie überhaupt antwortet. Ob sie die Anfrage für »akzeptabel« hält oder nicht.

**Dann ist die EU seit der letzten Parlamentswahl also nicht demokratischer geworden.**

Es gibt einen Gesamttrend in der Europäischen Union: Möglichst viel soll auf eine technokratische Ebene gezogen werden. Ein Beispiel: Monatelang hat das Parlament über eine Mutterschaftsrichtlinie beraten. Doch dann wurde sie von der EU-Kommission einfach aus dem Rennen genommen, ohne Betei-



Gabi Zimmer ist Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen-Grünen Linken (GUE/NGL) im Europäischen Parlament. Die Fraktion stellt insgesamt 52 Abgeordnete aus 14 verschiedenen Ländern

ligung des Parlaments. Mit dem Argument, sie ließe sich ohnehin nicht durchsetzen. Soziale Rechte und Beschäftigungsrechte sind die ersten, die auf der Liste der EU-Kommission landen, auf der »Todesliste«, wie wir sie nennen. Das Schlagwort dazu ist »Entbürokratisierung«.

**Das dürfte ja kaum Ihren Vorstellungen entsprechen.**

Ich kann Ihnen genau sagen, was wir wollen: Das EU-Parlament muss das Initiativrecht haben. Erst dann wäre es in der Lage, selbständig gesetzgeberisch aktiv zu werden. Unsere Rechte als Abgeordnete müssen gestärkt werden, unser Zugang zu Informationen ebenfalls. Nichts soll ohne Abstimmung mit uns in der EU passieren. Auch für die Bürgerinnen und Bürger muss es mehr Rechte geben. Die Formen direkter Demokratie müssten verbessert werden – und für die Kommission verbindlich sein.

**Nun stellt Ihre Fraktion von den 751 Abgeordneten des EU-Parlaments nur 52. Angenommen, Sie säßen nach der nächsten Wahl mit 400 Genossen da – könnten Sie die EU dann demokratisieren?**

Nein. Das Parlament kann ja nicht mal darüber entscheiden, ob es in Stras-

bourg weiter tagen will oder nicht.

**Wie wollen Sie denn dann die EU umgestalten?**

Der Weg führt nur über eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in den Mitgliedsstaaten. Von ihnen müssten die grundlegenden EU-Verträge geändert werden.

**Die EU hat 28 Mitgliedsstaaten.**

**Mit gutem Willen ließe sich sagen, dass es darunter einen mit linker Regierung gibt, Griechenland. Für die 27 anderen gilt das nicht.**

Warten wir mal die Wahlen in Spanien ab. Und dann gibt es auch noch Portugal, Irland. Ich glaube zwar nicht, dass es zu einem völligen Umschlag kommt. Aber ich halte es für wichtig, dass eine linke Regierung – insbesondere in einer schwächeren Ökonomie – nicht alleine steht. In unseren Ländern müssen wir den Kampf für eine andere EU-Politik führen. Gerade die deutsche Linke müsste hier vorne mit dabei sein. Eine Alternative gibt es nicht.

**Doch, die gibt es: den Austritt aus der EU. Dafür setzen sich etwa die Abgeordneten der Kommunistischen Partei Griechenlands ein, die Ihre Fraktion verlassen haben.**

Ich glaube nicht, dass das der bessere Weg ist. Inzwischen sind die Wirtschaften und Gesellschaften so miteinander verzahnt, dass ein Austritt in erster Linie einen sofortigen Schaden für die Bevölkerung anrichten würde. Zu glauben, dass man sich mit einer schwachen Wirtschaft auf einem freien Markt wieder etablieren könnte und dann die großen Investoren nach Griechenland kämen, das scheint mir ein Wunschtraum zu sein. Der wird so nicht funktionieren.

**Und mit der Europäischen Union wird es besser funktionieren?**

Das werden wir sehen. Im Moment sieht es wirklich nicht gut aus. Die Frage ist, ob wir genug Wirkungsmacht haben, um Korrekturen zu erreichen. Das ist für mich völlig offen.

Interview: Johannes Supe

## ■ Abgeschrieben

**Zum Jahreswechsel hat der chinesische Staatspräsident Xi Jinping über die großen chinesischen Medienanstalten seine Neujahrsansprache 2016 veröffentlicht. Wir dokumentieren einen Auszug:**

(...) Im Jahre 2015 hat die chinesische Bevölkerung enorme Anstrengungen gemacht und auch viel erreicht. Das Wachstum des Staats liegt weiterhin weltweit in Führung. Die Reformen im allgemeinen werden umfassend vorangetrieben und die Reform des juristischen Systems kontinuierlich vertieft. (...) Dank der gemeinsamen Bemühungen der Bevölkerung aller Nationalitäten landesweit ist das 12. Fünfjahresprogramm erfolgreich vollendet worden, was den Menschen ein weiteres Erfolgsgefühl gegeben hat.

In diesem Jahr haben wir das 70. Jubiläum des Sieges im Widerstandskrieg der chinesischen Bevölkerung gegen die japanische Aggression sowie im Zweiten Weltkrieg feierlich begangen. Eine große Militärparade wurde abgehalten, was die Tatsache untermauert, dass die Gerech-

tigkeit, der Frieden und das Volk am Ende siegreich sein werden. Wir haben umfassend die Reformstrategie zur Stärkung der Armee umgesetzt und gleichzeitig eine Abrüstung von 300.000 Offizieren und Soldaten angekündigt. In Singapur habe ich mich mit Herrn Ma Ying-jeou getroffen. Damit ist ein Händedruck zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nach 66 Jahren verwirklicht worden, was zeigt, dass eine friedliche Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen der gemeinsame Wunsch der Landsleute beider Seiten ist. (...)

Wir haben nur eine Erde, die die gemeinsame Heimat der Völker aller Länder ist. In diesem Jahr haben chinesische Spitzenpolitiker an mehreren internationalen Konferenzen teilgenommen und zahlreiche diplomatische Aktivitäten durchgeführt. Bei der Durchsetzung der Seidenstraßen-Initiative sind substantielle Erfolge erzielt worden. Zudem hat sich China an der UN-Agenda zur nachhaltigen Entwicklung nach 2030 sowie der globalen Bekämpfung des Klima-

wandels beteiligt. In der globalen Welt mit zahlreichen Fragen will die internationale Gemeinschaft Chinas Stimme hören und Chinas Programme sehen. Daher darf China sich nicht verstecken. Für Menschen, die unter Kriegswirren leiden, verspüren wir nicht nur Mitleid und Sympathie, wir haben auch eine Verantwortung ihnen gegenüber und müssen handeln. China wird seine Welt-offenheit beibehalten und im Rahmen seiner Kräfte Menschen in schwieriger Lage Hilfe gewähren. Unser Freundeskreis soll sich damit weiter vergrößern.

Ich hoffe aufrichtig, dass sich die internationale Gemeinschaft gemeinsam bemühen wird, mehr Frieden und Kooperation anzustreben. Konfrontation sollte in Kooperation, und Konflikte [sollten] in Frieden umgewandelt werden. Nur so kann gemeinsam eine Schicksalsgemeinschaft der Menschheit aufgebaut werden, von der alle Völker der verschiedenen Länder gemeinsam profitieren können.

■ Quelle: GermanChina.org